



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>
<http://www.cduscu.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 22. Juli 2008

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

OLAF als Untersuchungsinstrument fest etabliert - Ergebnisse in afrikanischen Staaten besser als in Rumänien und Bulgarien

Als "Erfolgsausweis für das Amt für Betrugsbekämpfung" bezeichnet die Berichterstatteerin für die aktuelle Reform der OLAF-Rechtsgrundlage im Haushaltskontrollausschuss und Sprecherin der EVP, Inge Gräßle, den heute vorgestellten 8. Jahresbericht des Amtes über das Jahr 2007. "OLAF hat sich als Anlaufstelle für Tippgeber und als Untersuchungsinstrument fest etabliert", kommentiert Gräßle den Anstieg der an OLAF kommunizierten Verdachtsfälle.

"Der Bericht zeigt auch, dass sich Prävention und Kooperation auszahlen: Inzwischen sind die Probleme mit den EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien größer als die mit den meisten afrikanischen Staaten. Dort zahlt sich inzwischen die besondere Zusammenarbeit zwischen OLAF und AidCo bei der Außenhilfe aus, während innerhalb der EU der Wille zur Zusammenarbeit zu wünschen übrig lässt und Probleme – wie etwa Rumänien und Bulgarien, die für 2007 im Agrarbereich keine einzige Unregelmäßigkeit berichtet haben – von den zuständigen Generaldirektionen lange nicht ernst genommen wurden." Das gelte nach wie vor auch für die Strukturfonds, wo die Unregelmäßigkeiten um 19,2% zugenommen hätten.

Für ihren im September vorzulegenden Bericht zieht Gräßle den Schluss, dass die Kommission dem OLAF Zugang zu ihren 500 Datenbanken gewähren müsse und eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten mit OLAF bei Vor-Ort-Ermittlungen sowie eine konsequente Aufarbeitung der OLAF-Ermittlungsergebnisse durch die Justiz in den Mitgliedstaaten nötig sei. "Die Kommission muss öfter zu Vertragsverletzungsverfahren greifen, um die teilweise seit Jahrzehnten widerstrebenden Mitgliedstaaten zur Ordnung zu rufen", verlangt Gräßle. "Eine konsequente Rückmeldung aus der Justiz der Mitgliedstaaten muss das Parlament auch davon informieren, dass etwa Luxemburg bislang noch nie OLAF-Ermittlungsergebnisse weiter verfolgt hat. Das ist gerade für den Eurostat-Fall wichtig, der auch in Luxemburg verhandelt werden muss und in dem das europäische Gericht vor der Entscheidung der Hauptsache bereits Schadenersatz ausgesprochen hat." Es sei "dringend geboten", dass die EU-Kommission Berufung gegen dieses Urteil einlege, weil der "umfangreiche Maulkorb des Luxemburger Gerichts die gut bezahlten EU-Mitarbeiter besser stellt als jeden nationalen Beamten oder Bürger, gegen den seine nationalen Strafrechtsbehörden Ermittlungen eingeleitet haben."

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 228 47868

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Knut Gölz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)

Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)

Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)

Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044